Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachrigstr. 12 bis 14 und Bölbergasse 1. Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Die Abonnementspreis: bei freier Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen sowie bei Postbezug ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 15,—, vierteljährlich Mk. 45,—.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981. Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403).

Anzeigenpreis: die 31 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1,50, Familienanzeigen Mk. 1.—, Heirats-, Heilmittel- und ähnliche Anzeigen Mk. 2.—, die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—. — Rabatt nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 13845.

Nummer 82 — Halle, Freitag den 23. April 1920 — 32. Jahrgang

Einladung Deutschlands nach San Remo?

Nitti und Lloyd George für Teilnahme Millerands an der Konferenz.

Die heutigen Nachrichten aus San Remo lauten für Deutschland verhältnismäßig günstig. Das Wolffbureau gibt eine Meldung des Sonderberichterstatters des „Matin" wieder, wonach Nitti und Lloyd George Millerand nahegelegt hätten, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Konferenz von San Remo einzuladen. Beide hätten sogar die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers für wünschenswert erklärt, um die zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu dem ehemaligen Feinde in sachlicher und umfassender Weise zu besprechen. Der Korrespondent bemerkt dazu, man könne sich die Wirkung dieses Vorschlages auf Millerand leicht vorstellen.

Wir finden diese Nachricht vorläufig zu schön, um sie ohne weiteres für wahr zu halten. Es wäre selbstverständlich das Vernünftigste, wenn der deutschen Regierung endlich Gelegenheit gegeben würde, in persönlichem Meinungsaustausch an einer gewissermaßen neutralen Stelle, wie San Remo es angesichts der Haltung der italienischen Regierung wäre, mit den leitenden Staatsmännern der Entente zu verhandeln. Aber es wäre, wenn diese Zusammenkunft wirklich zustande kommen sollte, zugleich ein so völliger Bruch mit der bisherigen Politik der Entente, daß wir unseren Zweifel an der Richtigkeit der Nachricht nicht unterdrücken können. Amtlich hat die deutsche Regierung von einem solchen Vorschlag jedenfalls keine Kenntnis erhalten. In Berlin nimmt man an, es handle sich um eine unbestätigte Zeitungsmeldung. Ein derartiger Vorschlag sei vielleicht erörtert worden, aber in dem Widerstande Millerands gescheitert.

Was sonst an Nachrichten vorliegt, hauptsächlich aus der italienischen Presse, klingt für Deutschland ebenfalls nicht ungünstig. So will der „Secolo" wissen, das Einzige, was bei der Konferenz bisher zustage getreten, sei die Uebereinstimmung Englands und Italiens hinsichtlich der Haltung Deutschland gegenüber und ihr Abweichen vom französischen Standpunkte. Der großen Mehrheit des englischen Volkes sei es im Gegensatz zu Frankreich um die Schaffung einer völligen Versöhnung der europäischen Völker und um die Rückkehr zum normalen Leben der Welt zu tun. — Auch das klingt höchst verführerisch. Daß solche Stimmungen bestehen, geht auch aus dem hiernunter folgenden Bericht unseres Londoner Mitarbeiters hervor. Aber es fragt sich doch sehr, wie weit Lloyd George selbst dieser Strömung zu folgen gewillt ist.

Steigende Oppositionsflut in Frankreich.

Von unserem Sonderberichterstatter.

-o- Paris, 21. April.

Die Niederlage der französischen Sozialisten in der am 15. stattgehabten Kammerdebatte über die scharfe Erfassung des Kapitals bei den geplanten Steuerreformen hat erneute politische Kämpfe in Paris und in den Departements zur Folge. Von den Sozialisten wird die Niederlage im Parlamente benutzt, um die Arbeiterbevölkerung und den verarmten Mittelstand in Aufruhr gegen die „Vertreter des französischen Kriegskapitals zu bringen, die jetzt die Lasten des Krieges auf das zermürbte Volk abwälzen wollen". In zahlreichen Versammlungen ist es sehr erregt zugegangen. In Limoges kam es zu Kundgebungen, die gegen weitere Belastungen am rechten Rheinufer gerichtet waren. Als sich die Mitteilung über die Vorfälle in Versailles — Meuterei zweier Kompagnien des Jahrganges 1918 — verbreitete, kam es auch in der starken Garnison von Montpellier zu antinationalistischen Demonstrationen unter den Soldaten derselben Dienstklasse. Die Stellungnahme der Kammersozialisten gegen die von der Regierung geplante spärliche Heranziehung des Großkapitals verstärkt die Position der äußersten Linken um ein Bedeutendes. Selbst radikalsoziale Gruppen rücken den Sozialisten näher, und es ist bezeichnend, daß die sozialistischen Redner in den verschiedenen Meetings der Vorwoche auf Caillaux, als den „einzigen verfügbaren Kopf in der Bourgeoisie", hingewiesen haben. Rücksichtslos treten die Nationalisten und Royalisten gegen die scharfe Besteuerung des Kapitals auf. Sie geraten dadurch in eine heikle Lage und beschleunigen infolge dieser Haltung die innere Zerspaltung des Blocks, der, unter der Einwirkung des Steuerproblems, bereits starke Risse erlitten hat. Briand, der mit den Sozialisten nicht brechen will, macht jetzt in ganz Frankreich für die „Solidarisierung aller Kriegsschulden der Sieger" eine großzügige Propaganda. Kommt er zur Regierung, so wird seine erste Tat der Appell Frankreichs an seine Mitsieger sein, eine gemeinschaftliche Schuldentilgung zu organisieren. Von den Sozialisten wird Briands Plan nicht bekämpft, doch sehr kühl beurteilt. Man ist im Lager der äußersten Kammerlinken der Meinung, daß es heute nicht mehr möglich sei, die Finanzinteressen der „großen Vier" in der von Briand erstrebten Art zusammen zu bringen. Das hätte während der Pariser Friedenskonferenz geschehen müssen. Damals legten sich aber die französischen Machthaber mit Ausnahme des Sozialisten Jaurès, der sein Leben dafür bezahlen, seit und brachten den Gedanken, daß ein in den Völkerbund aufgenommenes Deutschland seinen Verpflichtungen besser werde nachkommen können, zum Scheitern. An diesem Kardinalfehler ging der Plan einer gemeinschaftlichen Tilgung der Kriegsschulden und Erleichterung des auf Frankreich lastenden Schuldenblocks in die Brüche. Die Sozialisten verweisen auf ihre Stellungnahme zur Entschädigungsfrage im Mai 1919. Damals ließen sie durch ihre Blätter nachweisen, daß die Hoffnungen der französischen Bourgeoisie und des Großkapitals, sich aus Deutschland die Steuern für Frankreich zu holen, nichtig seien. Die steigende Finanznot Frankreichs begünstigt das Streben der Sozialisten, bei den kommenden Steuerdebatten — trotz der ersten Niederlage — eine scharfe, durch radikalsoziale Parteivertreter verstärkte Opposition zu führen.

Englische Stimmen gegen die Entwaffnung Deutschlands.

Von unserem Sonderberichterstatter.

h. London, 20. April.

Die Frage, in welcher Form die Entente der deutschen Regierung die Forderung der Entwaffnung zur Kenntnis bringen werde, bildet, dem „Manchester Guardian" zufolge, den Gegenstand des Meinungsaustausches in den politischen Klubs. Die Besprechungen von San Remo sollen hierüber Klarheit bringen, meint das genannte Blatt. Die Presse der Arbeitspartei, besonders „Daily Herald", beurteilt die Entwaffnungsfrage sehr skeptisch und meint, man dürfe den Franzosen nicht Gelegenheit bieten, in einem entwafneten, allen abenteuerlichen Unternehmungen preisgegebenen Deutschland ihre Geschäfte zu treiben. „Wenn es zur Entwaffnung käme, so müsse auch die französische Politik eine wirkliche Stabilität erhalten und mit Deutschland zu einem modus vivendi gelangen. Deutschland entwaffnen, um die Politik des Generalstabes fortzusetzen, kann nicht die Bürgschaft für bessere Zustände in Europa sein. Neben diesen Erörterungen, die — das sei betont — auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß üben, steht die viel ernstere Frage im Vordergrunde, ob nicht Deutschland durch völlige „Abrüstung" den russischen Bolschewisten zum Opfer fallen würde, falls es im Osten zu kriegerischen Konflikten käme. Man äußert diesbezüglich die schlimmsten Befürchtungen. Die Versicherungen Frankreichs, daß hinter der „bolschewistischen Gefahr der preußische Militarismus lauert", ließen auf starken Zweifel. Man ist in liberalen Kreisen, die eine vollständige Nachgiebigkeit Englands in der Entwaffnungsfrage mißbilligen, der Ueberzeugung, daß Deutschland stets über eigene militärische Kräfte verfügen müsse, um sich zunindest nicht als Boden für europäische Kriege gebrauchen zu lassen. Die Morgenblattblätter sind jetzt restlos in den Dienst der französischen Sache gestellt und enthalten fast ausschließlich Berichtungen vom französischen Standpunkte. Die öffentliche Meinung Englands läßt sich aus mehreren Privatberichten erkennen, die wir diese Tage zugegangen sind. Es wird darin durchwegs mit Widerwillen und Abscheu gegen jen neuen Gewaltakt gesprochen, daß nicht die Lloyd George eventuell anschließen würde, „um Frankreich zu beschwichtigen".

Die Flamen gegen die Brüsseler Regierung.

F. Haag, 20. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die flämischen Zeitungen sind einmütig zum Angriffe auf die Brüsseler Regierung übergegangen, die, ohne vorherige Befragung der Kammer, eine Frage, wie die der Beteiligung an der Okkupierung des deutschen Mainganes, entschied und einen militärischen Akt ausführen ließ, der die Gefahr eines neuen Krieges in sich schließt; denn es hätte zu Kämpfen zwischen den deutschen Abteilungen und den Besetzungstruppen kommen können. Für die nächste Entwicklung der inneren Politik Belgiens ist der Angriff der flämischen Blätter von großer Bedeutung. Die „Lakaienpolitik Brüssels gegenüber Frankreich" wird getadelt und zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der Frage genommen, bis zu welchem Grade man dem unter französischen Einfluß geratenen Kabinett noch Kredit geben dürfe. Die Brüsseler Regierung wird schon jetzt vor einem „Uebergriffe in Sachen eines Militärbündnisses mit Frankreich" gewarnt. Gleichzeitig verweist die flämische Presse auf die „List der Pariser Diplomatie", die Belgien in einen Konflikt mit Holland drängt, um am Rhein ihre Ziele zu verfolgen. Das Ansehen des Königs hat durch die jüngsten Ereignisse stark gelitten. Es sei noch erwähnt, daß die flämische Presse zwei tonangebende Blätter der „flämischen Soldatenpartei" enthält, die gegen den „Brüsseler Imperialismus und die französische Posttinte" auftreten.

Zeitungsverleger und Minister.

Der neue sächsische Finanzminister Dr. Reinhold, der bekanntlich Verleger des „Leipziger Tageblattes" gibt über seine Stellung zu seinem Leipziger Tageblatt folgende Erklärung darin ab:

„Die Tatsache, daß Meinungsäußerungen der Redaktion des „Leipziger Tageblattes" zu den politischen Vorgängen vor allem in Sachen in der Presse sowohl als auch sonst als von mir inspiriert angesehen werden, veranlaßt mich zu der Feststellung, daß ich, so lange ich mein Amt als Minister in Dresden führe, mich jeder Einflußnahme auf die politische Führung des „Leipziger Tageblattes" enthalte."

Dr. Reinhold, Finanzminister.

Die Schriftleitung des „Leipziger Tageblattes" bemerkt dazu: Wir möchten diese Feststellung ausdrücklich als von uns aus bestätigen. Es ist uns ein Bedürfnis der Loyalität gegenüber dem Verleger des Blattes, hinzuzufügen, daß Herr Dr. Reinhold stets, auch vor seiner Amtszeit, auf die politische Selbstständigkeit der Schriftleitung des „Leipziger Tageblattes größten Wert gelegt hat.

Grabnauers Nachfolger.

bd. Dresden, 23. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir hören, kommt als Nachfolger von Dr. Grabnauer neben Stücklen auch der frühere sächsische Kultusminister und Reichstagsabgeordnete Buck in Frage. Die Entscheidung fällt erst in der nächsten Woche.

Pressevorfolgung.

Der Vizevorsteher des Stadtverordnetenkollegiums in Bischofswerda stellte, wie uns unser Dresdner Mitarbeiter meldet, in der letzten Sitzung den Antrag, ein Hochverratsverfahren gegen die Zeitung „Sächsischer Erzähler" einzuleiten, der ihre Haltung während des Kapp-Putsches zum Vorwurf gemacht wird. Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, dem Blatt die Amtsblatt-Eigenschaft zu entziehen. Die Königsberger „Ostpreußische Zeitung" ist erneut wegen eines gegen den Reichskanzler Müller gerichteten Artikels verboten worden.

Opfer des Kapp-Putsches.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Die Sozialistische Korrespondenz teilt mit, daß im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch insgesamt 19 Landräte verabschiedet worden sind, darunter die Landräte von Bodenhausen in Bitterfeld, von Mannstaedt in Delitzsch, Barthels in Weißenfels, Mangold in Schlensingen, außerdem die Oberpräsidenten v. Richter und Winnig, dann die Regierungspräsidenten Freiherr v. Braun, Paulß und v. Campe und über andere Beamte aus dem Bereiche der inneren preußischen Verwaltung. Der Reinigungsdrang der Korrespondenz ist damit aber noch nicht befriedigt, sie zählt noch eine Reihe Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister, aber auch kleinere Beamte, wie Telegraphenassistenten, auf, die unbedingt entfernt werden müßten, und nennt dann schließlich noch mit Namen eine Anzahl Beamte aus dem Kultusministerium und dem preußischen Finanzministerium, deren Beseitigung sie fordert. Belastungsmaterial liege u. a. vor gegen die Regierungspräsidenten v. Gersdorff in Merseburg und Graf Pückler in Erfurt, gegen Oberbürgermeister Dr. Schütze in Stendal, gegen Regierungsrat Fleck in Weißenfels, Eisenbahnobersekretär Pfeifer in Weißenfels, Telegraphenassistent Fissenbecker in Naumburg, Oberbahnhofsvorsteher Voigt in Naumburg.

*

In Greifswald wurden bei sudentischen Verbindungen und bei Einzelpersonen, die der Teilnahme am Kapp-Putsch verdächtig sind, Durchsuchungen vorgenommen. In Hamburg ist der frühere Kieler Oberbürgermeister Lindemann verhaftet worden.

Gleiches Recht!

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung hat beantragt, die Genehmigung für die Strafverfolgung der Abgeordneten Geyer (Bayern und Stahl) und Graß nicht zu erteilen. Wir möchten bis auf weiteres annehmen, daß das Plenum der Nationalversammlung diesen Beschluß umstößt. Es geht doch nicht an, die Immunität in einem Falle (in dem des Abg. Traub) außer Kraft zu setzen, in anderen sie als Schutzschild vor die Bedrohten zu halten.

Prinzenbehandlung vor Gericht.

Die demokratischen Abgeordneten Brodauf und Quidde haben in der Nationalversammlung eine Anfrage eingebracht, die sich mit den Prozeß des Prinzen Joachim Albrecht befaßt. In dem Prozeß wurde der Prinz vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Baumbach, mit „Königliche Hoheit" angeredet. Das wird von den beiden Abgeordneten bemängelt. Seit in Deutschland die Monarchie abgeschafft ist, gebe es keine Königlichen Hoheiten mehr und eine unterschiedliche Behandlung vor Gericht sei nicht zu vereinbaren mit Artikel 109 der Reichsverfassung, wonach alle Deutsche vor dem Gesetz gleich seien. Der Prinz hat übrigens gegen das Strafkammerurteil, das ihm 500 Mark Geldstrafe auferlegt, Revision eingelegt.

Preußische Landesversammlung.

Die Ueberschüsse der Viehhandelsverbände.

B. Berlin, 22. April.

Wieder zeigte die Preußische Landesversammlung mehr Anwesende als Abwesende. Eine Reihe sehr interessanter Kleiner, aber nicht wichtiger Vorlagen wurde in friedlicher Debatte erledigt. Zum Gesetzentwurf über die Krüppelfürsorge, wonach die Landarmenverbände für Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Epileptischen, Taubstummen, Blinden und Krüppel, soweit sie der Anstaltspflege bedürfen, zu sorgen haben, wurde von dem demokratischen Abg. Zahlmann das viel zu langsame Tempo in der Volkswohlfahrt bedauert. Aus demselben Grunde wandte er sich gegen eine Verschleppung des Entwurfs, die der vom Zentrum und den Deutschnationalen gestellte Antrag auf Ueberweisung an den Gemeindeausschuß bedeuten würde. Gegen diese beiden Vorwürfe wurde der Vorwurf dem Ausschuß für Volkswohlfahrt, in den der von Redits wegen gehört, überwiesen.

Ein trübes Kapitel bilden die Ueberschüsse der preußischen Viehhandelsverbände. Während Fleisch und Leder massiv verteuert worden sind, haben die 12 Viehhandelsverbände nicht weniger als 110 Millionen Mk. Ueberschuß erzielt. Zur Beruhigung der Gemüter ist der Landesversammlung eine Nachweisung über die Verwendung der Ueberschüsse überreicht worden. Darnach sind 41 Millionen zur Förderung und zum Wiederaufbau der Viehzucht, 5 Millionen zur Beschaffung von Futtermitteln, 35 Millionen zur Förderung wissenschaftlicher Institute an Hochschulen verwendet worden. Das liest sich sehr schön, aber der Ton faßt aller Redner war auf die Melodie gestimmt: Papier ist geduldig. Man möchte doch die einzelnen Verwendungsnachweise etwas genauer unter die Lupe nehmen, und zu diesem löblichen Zwecke wurde die Vorlage an den Hauptausschuß überwiesen. In der Debatte kam wieder der Groll über die Zwangswirtschaft, die ja eigentlich zum größten Teile nur noch auf dem Papier steht, und gegen die Kriegsgesellschaften zum Ausdruck. Der Demokrat Westermann, der wieder einen bemerkenswerten Vorstoß gegen die Zwangswirtschaft führte, verlangte, daß die Ueberschüsse im wesentlichen zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Futtermittel verwendet würden, während ein Urabgeordneter sie der Verbilligung ausländischer Lebensmittel nutzbar machen wollte.

Ein großes und prinzipielles Entgegenkommen gegen die Provinz, die ja seit der Revolution nach größerer Autonomie strebt, bedeutet das neue Verfassungsmäßige Recht der Provinzialverwaltungen, Mitglieder in den Reichsrat zu entsenden. Preußen hat nun einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, der unabhängig von der preußischen Verfassung möglichst rasch erledigt werden soll. Der demokratische Abgeordnete Preuß, der Schöpfer der Reichsverfassung, machte einige empfehlende Ausführungen. Sein Antrag auf Ueberweisung an den Verfassungsausschuß wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Freitag: Anfragen. Gesetzentwurf über die Bildung einer Gemeindeverwaltung Groß-Berlin.

Die Neuwahlen und die Kandidatenaufstellung.

Von Professor Gerland.

Die Neuwahlen stehen unmittelbar bevor. Allerorten haben die Vorarbeiten begonnen, und die ersten Kandidatenlisten werden der Oeffentlichkeit bereits übergeben. Die Schicksalsfrage der deutschen Zukunft für die nächsten vier Jahre ist damit wieder aufgerollt. Denn Schicksalsfrage für den Parlamentarismus ist die Lösung der Auswahl der in das Parlament zu berufenden Männer und Frauen des deutschen Volkes. Von ihrer richtigen Auswahl hängt die ganze Tätigkeit des neuen Reichstages ab, und man sollte sich in allen Verfassungsfragen doch immer der Tatsache bewußt bleiben, daß die beste Verfassung nichts ist, solange sie nicht von Persönlichkeiten in die Tat umgesetzt wird. Die Verfassung ist ein totes Gesetz; Menschen sind es, die ihr Leben verleihen, und die Wahl bestimmen, die berufen sind, dies zu tun, ist in der Tat entscheidend für die Politik der Zukunft.

Ist nun so die Frage der Politik zum allergrößten Teil Frage der Persönlichkeit, so muß wieder und wieder der an sich selbstverständliche Satz in diesen Zeilen der Neuwahlen mit Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß die Kandidaten lediglich nach ihrer Qualität, ihrer Persönlichkeit ausgewählt werden dürfen. Genügt sie es erforderlich, daß in nun Reichstag möglichst alle Berufsstände vertreten sind. Es geht aber nicht an, daß die Lokalorganisationen wieder, wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung, dem Drängen der Interessengruppen und Interessenverbände einen nicht genügenden Widerstand entgegensetzen. Ich wiederhole einen Vorschlag, den ich früher gemacht habe. Mir bekommen durch das Wahlgesetz, mag es im einzelnen ausfallen, wie es will, sicher die Reichsliste. Auf diese Reichsliste sollten die Vertreter der großen Interessenverbände kommen, und es sollten dafür die Verhandlungen mit diesen Verbänden durch die Reichszentrale der Partei geführt werden, so daß die Lokalorganisationen nicht gezwungen wären, auf ihren Listen unter allen Umständen auch Vertreter der Verbände aufzunehmen. Die Lokalorganisationen müßten den Willen haben (und auf entschlossenen Willen kommt hier alles an), alle an sie gerichteten Begehren einfach der Reichsgeschäftsstelle zu übermitteln und den sich an sie wendenden Organisationen zu erklären, die notwendigen Verhandlungen mit den Organisationen würden eben durch den Parteivorstand geführt.

Die Lokalorganisationen müssen dann aber ferner bei der Aufstellung ihrer Listen auch alle Lokalinteressen zurücktreten lassen. Denn es handelt sich bei der Gesetzgebung im Reichstag ja doch in den wenigsten Fällen darum, Lokalinteressen zu vertreten, es gilt vielmehr, die für das ganze Reich geltende Gesetzgebung zu schaffen und die für das ganze Reich bestimmte Politik zu orientieren. Daß neben der Vertreter eines bestimmten Kreises, sofern er politischen Blick hat, die Interessen dieses Kreises auch vertreten kann, selbst wenn er nicht selber aus dem Kreis gebürtig ist, liegt auf der Hand. Was aber wir in Zukunft nicht brauchen können, ist Interessenpolitik und Kirchturmspolitik. Es muß deutlich einmal der Versuch gemacht werden, der leider bei der Nationalversammlung nicht in zureichendem Maße gemacht worden ist, die Kandidaten als Persönlichkeiten auszusuchen und aufzustellen und von den zufälligen Beziehungen zu Interessengruppen abzusehen. Denn es muß erreicht werden, daß der Brauchbare ohne Rücksicht auf den Beruf gewählt wird. Nicht darauf kommt es an, ob wir etwa viele Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, der Bergarbeiter, des Mittelstandes usw. haben, sondern darauf, daß die Angehörigen der Berufe, die in den Reichstag einziehen, wirklich politisch orientierte Persönlichkeiten sind. Und es muß unter allen Umständen mit dem System gebrochen werden, wonach jemand in den Reichstag gewählt werden muß, nur weil er ein Bergarbeiter, ein Handwerker, ein Industrieller usw. ist. Er kann und soll unter allen Umständen gewählt werden, wenn er politischen Blick hat. Alles andere ist gleichgültig. Denn der, der politischen Blick hat, wird die Notwendigkeiten eines jeden Berufs verstehen, und bei der Vielheit der zu wählenden Abgeordneten wird sich unter allen Umständen eine solche Vielheit der Berufe unter den Abgeordneten ergeben, daß die Sachverständigen für die meisten Fragen, die auftauchen können, doch immer vorhanden sind. Im übrigen wird sich der Reichstag, werden sich die einzelnen Parteien im Reichstag am besten dadurch zu helfen wissen, daß sie rechtzeitig, und zwar rechtzeitiger, als das bis jetzt geschehen ist, in schwierigen Fragen die Sachverständigen des Wirtschaftslebens, des Kulturlebens (das man doch aber dem Wirtschaftsleben nicht ganz übersehen darf) herzuziehen, um aus ihren beratenden Aeußerungen diejenigen Grundlagen zu gewinnen, die für die Entscheidung im Einzelfalle notwendig sind.

Endlich aber sollte bei der Aufstellung der Kandidaten auch vor allem darauf gesehen werden, daß, wenn nun schon Interessenvertreter, weil sie Vertreter sind, mit auf die Liste kommen, man dann doch in erster

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200423012/fragment/page=0001

Die die wirklich Interessierten, sachverständigen Mitglieder der einzelnen Gruppen auf die Listen setzt, daß an von denen, die hier die letzte Entscheidung zu haben haben, verlangt, daß sie auch ganz mit ihrer persönlichkeit in den Wahlkampf, in den Vorderergrund des politischen Lebens treten, und daß jenes System der vorgeschobenen Exponenten aufhört, das ich als ein nützliches zu bezeichnen nicht in der Lage bin.

Nationalversammlung.

Die Wahlgesetze. — Kein Wahlrecht der Soldaten.

Berlin, 22. April.

Der Antrag des Reichsministers des Innern auf Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten Marxsen (D. Vp.) wegen der Beschuldigung hochverräterischer Beteiligung am Kapp-Putsch geht an den Geschäftsordnungsausschuß.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag des Wohnungsausschusses auf Errichtung von Bergmannswohnungen.

Abg. Oberroth (Soz.) beantragt, diese Wohnungsfürsorge auch auf den Kalibergbau auszudehnen, wo 4000 Wohnungen fehlen.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Die Ausführung dieser Wünsche stößt auf große Schwierigkeiten. Es wird zum Möglichen, unser Arbeitsprogramm zu erweitern. Wir können trotz fein, wenn wir für den Kohlenbergbau die nötigen Wohnungen herstellen.

Mit schwachen Mehrheit beschließt das Haus, die Wohnungsfürsorge auf den Kalibergbau auszudehnen.

Das Reichswahlgesetz.

Es folgt die zweite Lesung des Reichswahlgesetzes. Der Verfassungsausschuß hat den Entwurf einstimmig angenommen. Danach wird auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter gewählt sein. Die Wahlkreise decken sich in den meisten Fällen mit den bisherigen. Wahlkreise, die geographisch oder geschichtlich zusammengehören, sind zu Wahlverbänden zusammengefaßt. Innerhalb eines Wahlverbandes können Vorzüglige für verbunden erklärt werden, sofern sie sich derselben Reichswahlliste zurechnen. Ueberschüssige Stimmen aus den Wahlkreisen werden bei Listenverbindung im Wahlkreisverband derjenigen Liste zugeteilt, die die meisten überzähligen Stimmen hat. Die weiteren Reste gehen auf die Reichsliste. Hat eine Liste innerhalb eines Wahlkreisverbandes in keinem Wahlkreis 30 000 Stimmen erzielt, so kann dieser auch infolge der Listenverbindung kein direkter Abgeordneter zugeteilt werden. Die Stimmen gehen vielmehr auf die Reichsliste. Auf Grund der Reichsliste aber hat seine Gruppe mehr Sitze zugeteilt erhalten, als sie insgesamt in den einzelnen Wahlkreisen erhalten hat. Dadurch wird verhindert, daß kleine Gruppen, die nirgends im Reiche über eine größere Zahl von Anhängern verfügen, in den Reichstag kommen.

Reichsminister des Innern Koch: Ich hoffe, daß der Wahlkampf nicht vergiftet werden wird mit der Behauptung, die Koalitionsparteien hätten versucht, durch Wahlkreisänderungen sich an der Macht zu erhalten. Der einstimmige Beschluß des Ausschusses macht diese Verfälschung unbegründet. Alle Mängel des Verhältniswahlsystems sind durch den neuen Entwurf nicht beseitigt. Immerhin hat dieses System große Vorzüge vor der Mehrheitswahl. Es ist ein großer Fortschritt, daß jeder Abgeordnete als gewählt zu betrachten ist, der 60 000 Stimmen erhalten hat. Das Wahlsystem muß auch dem Mann auf der Straße verständlich sein. Wir müssen am Abend des Wahltages Wahlsiege feiern können. Es ist angeregt worden, die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern. Tatsächlich ist aber der Deutsche Reichstag eines der kleinsten Parlamente der Welt. Je eher wir zu kleinen Wahlkreisen zurückkehren, um so eher wird die Fühlung der Abgeordneten mit den Wählern werden. Leider sind die ersten Gefahren, die ein früher Wahltermin für unsere Volksvertretung hat, nicht geringend gewürdigt worden; das Gesetz des Wahlkampfes kann die nationale Entwicklung beeinflussen in den Abstimmungsgebieten. Wir hoffen aber, daß das laute Bekenntnis zum Deutschtum in jenen Gebieten nicht durch den Wahlkampf leiden wird. Ich will die Wahlen leiten, aber nicht machen. (Beifall.)

Der grundlegende Paragraph 1 wird nach einer Aussprache, in der keine grundsätzlichen Debatten laut werden, und bei der Erwähnung von Abgeordneten in den Abstimmungsgebieten als unbezweifelt bezeichnet wird, angenommen.

§ 2 handelt vom Wahlrecht und von der Wählbarkeit. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist erstens, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, und zweitens, wer durch gerichtliches Urteil rechte verloren hat. Das Wahlrecht der Soldatenruhe. Behindert in der Ausübung des Wahlrechts sind Straf- und Untersuchungsgefangene, aber nicht Personen, die aus politischen Gründen in Schutzhaft sich befinden.

Abg. Schmidt (Soz.) fordert das Wahlrecht auch für die Soldaten.

Abg. Henke (U. Soz.) will auch den Straf- und Untersuchungsgefangenen das Wahlrecht geben.

Abg. Hartmann (Dem.): Für die Beibehaltung des Wahlrechts der Soldaten spricht die Tatsache, daß den Soldaten bereits einmal das Wahlrecht eingeräumt wir es mit einer kleinen Wehrmacht zu tun, die ihre Entstehung nicht der allgemeinen Wehrpflicht verdankt. Die Beibehaltung des Wahlrechts führt dazu, daß die Mobilagitation in die Kasernen getragen wird. Das muß vermieden werden. Man kommt immer mehr zu der Erkenntnis, daß das neue kleine Heer vor allem ein wirkliches kameradschaftliches, geschultes Volksausorgan war. Zu bedenken ist aber, daß damals außerordentliche Zustände herrschten; denn es war soeben ein Heer von 9 Millionen zurückgeströmt. Jetzt dagegen haben des Staates werden muß. Angesichts dieser Notwendigkeit halten wir die Verleihung des Wahlrechts an die Soldaten nicht für richtig.

Abg. von Graefe (Dn.): Die Auffassungen meiner politischen Freunde bezüglich der Beibehaltung des Wahlrechts der Soldaten sind geteilt. Die überwiegende Mehrheit vertritt die Auffassung, daß die Beibehaltung des Wahlrechts dazu führen muß, das für die Reichsdarin zu suchen, daß die Verhältnisse, wie sie heute liegen, eine andere Beurteilung erheischen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß die Einziehung des Wahlrechts dazu führen muß, daß für die Reichswehr notwendige Material fernzuhalten, da diesen wohl nur wenige Jahre verpflichten wollen, ein derartiger Verzicht nicht zugemutet werden kann.

Abg. Graf Posadowsky (Dn.): Ich halte eine politisierende Armee für eine Gefahr in jedem Staate, sei er nun rot, schwarz oder schwarz-weiß-rot. Das Heer muß ein unbedingt zuverlässiges Vollzugsorgan in der Hand der Regierung sein. Wenn die Politik in das Heer hineingetragen wird, dann kommen wir zu Prätorianerzuständen (Zustimmung). Zustände, wie wir sie in den Republiken von Mittel- und Südamerika schaudernd erlebt haben, würden uns bei uns einen Platz geben. (Sehr richtig!) Das Heer, das wir nach dem Friedensvertrag unterhalten dürfen, kann schon wegen seiner Kleinheit als Machtmittel in der auswärtigen Politik keine Verwendung finden. Es wird also im wesentlichen nur dazu dienen, im Innern Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber gerade dann darf es nicht Instrument irgendwelcher Parteien sein, sondern muß fest in der Hand der Regierung liegen. (Sehr richtig!) Die Vorgänge vom 13. März sollten uns allen ein warnendes Beispiel sein. Die parlamentarische Regierungsform wird bei uns ganz falsch gehandhabt. Nach ihr sollen Vertrauensmänner der Mehrheit in der Regierung sitzen. Aber die parlamentarische Regierungsform ist nicht, daß nun die Mehrheit in alle Regierungsmaßnahmen ständig hineinredet, wie es bei uns der Fall ist. Wenn nun dazu auch noch das Heer tritt, das schon wegen des Waffenbesitzes eine Macht ist, und das auf die Regierung einen Druck ausübt, so werden die Zustände völlig unhaltbar. (Beifall in der Mitte u. rechts.)

Reichswehrminister Geßler: Die Frage der Politisierung der Armee sollte eigentlich beim Reichswehrgesetz grundsätzlich entschieden werden. Das Reichswehrgesetz ist vom Kabinett einstimmig verabschiedet worden, liegt der Nationalversammlung aber leider noch nicht vor. Wir müssen deshalb die Frage jetzt so nebenher entscheiden. Wer eine politische Armee will, muß die Konsequenzen für alles freigeben, Armee will, muß die Konsequenzen werden nach den Bedürfnissen der jeweils herrschenden Mehrheit. (Sehr richtig!) Das Reichswehrgesetz sieht Wehrkammern vor als öffentlich-rechtliche Vertretungskörper, in denen die Berufsfragen der Soldaten zur Erledigung kommen sollen. Das müßte vor der Hand genügen. Heute kommt es vielleicht zu einer Zufallsentscheidung, und dazu ist die Sache zu ernst. Die Reichswehr befindet sich immer in einer schweren Krisis, die noch verschärft werden würde, wenn das Heer in den Wahlkampf hineingezogen wird. (Sehr richtig!) Gewiß kommt es trotz aller Verfügungen in der Reichswehr noch zu Meuterungen. Die Verfügungen sind eben, noch nicht überall durchgesickert und das wird noch einige Tage dauern. Wenn jetzt nun auch der Wahlkampf hinzutritt, bei dem die Soldaten sich wieder über den Kapp-Putsch unterhalten werden und bei denen Wahlkreisfunktionen sicher eine Rolle spielen, dann wird erst recht deshalb die Wehrmacht gefährdet. Es ist dringend für die kommenden Wahlen sollte man den Soldaten das aktive Wahlrecht nicht geben. Angesichts des noch nicht durchweg harmonischen Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen würden neue Konflikte fließen in das Heer getragen werden. Gewiß, bei den Wahlen zur Nationalversammlung haben die Soldaten gewählt; aber damals gab es ja gar kein Heer (sehr richtig!); auch der Bund der Berufssoldaten hatte sich mit erdrückender Mehrheit gegen das Wahlrecht der Armee ausgesprochen. (Hört, hört!) Man vergesse doch nicht, daß die Soldaten vor anderen Staatsbürgern gewisse Rechte voraus haben, vor allem das Recht, die Waffe zu tragen. Die Rede des Grafen Posadowsky war eindrucksvoll. Er zeigte, wohin die Reise geht. Gestern war eine Abordnung der Marinebrigade aus Munster bei mir und stellte

unter Drohungen folgende Forderungen:

Zurücknahme des Halbbefehls gegen Kapitän Ehrhardt und Belassung Ehrhardts an der Spitze der Truppe. (Hört, hört!) Hoffentlich ist der Halbbefehl inzwischen ausgeführt. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, wie ich denke. Aber Sie sehen, wohin das Machtgefühl führt, das immer entsteht, wenn eine bewaffnete Truppe politisiert. Die Regierung bittet deshalb, die Frage grundsätzlich erst beim Wehrgesetz zu entscheiden. (Beifall.)

Abg. Graf Dohna (D. Vp.): Die Politik darf nicht in die Wehrmacht getragen werden. Wenn man das Heer zu politischen Zweden mißbraucht, macht man es unbrauchbar für seine eigentliche Aufgabe. Das war das Bedenklichste am Kapp-Putsch. Wenn in der Wehrmacht sich reaktionäre Strömungen zeigen, so verantwortete ich das ohne Rücksicht auf mein Parteiinteresse. Das Parteiinteresse der Linken sollte doch aber gerade dieser Tatsache gegenüber den Verzicht auf ein Wahlrecht des Heeres gebieten. Eine Minderheit der Rechten will die günstigen Chancen nicht aus der Hand geben, wir aber sind entschieden gegen das Wahlrecht der Soldaten.

Abg. Herold (Ztr.): Meine Freunde stimmen geschlossen gegen das aktive Wahlrecht der Reichswehr, weil wir darin eine Gefahr für das Vaterland sehen. Wahlrechts der Soldaten ist keine Verfassungsänderung, denn die Verfassung überläßt die Einschränkung des Personenkreises der Wähler dem Wahlgesetz.

Abg. Katenstein (Soz.): Ich habe starke Zweifel, ob die Regierungsvorlage nicht doch die Verfassung verletzt. Wir sind aber auch aus sachlichen Gründen für das Wahlrecht des Heeres.

Abg. v. Graefe (Dn.): Meine Stellungnahme ist nicht von der Hoffnung diktiert, bei der Wahl die Stimmen zu gewinnen für meine Partei zu gewinnen. Es muß die Reichswehr verbitteren, wenn sie im Gegensatz zur Sicherheitswehr das Wahlrecht verliert.

§ 2 wird in der Ausschußfassung angenommen. Desgleichen der Rest der Vorlage und dann das ganze Gesetz in zweiter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Wahl des Reichspräsidenten.

Der Ausschuß hat den ersten Entwurf dahin geändert, daß der Wahltag durch den Reichstag, nicht durch den Reichspräsidenten bestimmt wird und daß die Wahl nicht mit einer Reichstagswahl oder einer allgemeinen Volksabstimmung verbunden werden kann. Die Wahl erfolgt im wesentlichen nach den Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes.

Die Vorlage wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Freitag 3 Uhr: Antrag Bartschat gegen die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht, dritte Lesung der Parlamentsbeschlüsse.

Entwurf der Schlichtungsordnung.

Seit der Revolution sind die Bemühungen der produktiven Stände um Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens im Geiste politischer Machtsimpfe immer wieder durchkreuzt worden, am meisten durch die sog. wilden Streiks, zu denen es in zahlreichen Fällen gekommen ist, ohne daß die Beteiligten wußten, weshalb sie eigentlich streiken. Es ist sogar vorgekommen, daß selbst die Streikleiter einen triftigen Grund für den Ausbruch des Streiks nicht anzugeben vermochten, der dann erst hinterher fürsichtig konstruiert wurde. Solchen unerträglichen Zuständen gegenüber hat die Reichsregierung ein gesetzliches Schlichtungsverfahren zugesagt. Die gesetzgeberische Vorbereitung der geplanten Maßnahme liegt jetzt in dem Entwurf einer Schlichtungsordnung vor, dessen Inhalt durch die „Soziale Praxis" mitgeteilt wird. Darnach sind folgende Maßnahmen zur Erschwerung von Arbeitsstörungen vorgesehen:

1. Ist eine Aussperrung oder eine Arbeitseinstellung beabsichtigt, so muß in jedem Falle der Schlichtungsausschuß angerufen werden.

2. Kommt eine Einigung nicht zustande und ist der gefällte Schiedsspruch für die Parteien nicht bindend, so muß ein in geheimer Abstimmung mit mindestens Zweidrittelmehrheit gefaßter Beschluß vorliegen, bevor eine Aussperrung oder Arbeitseinstellung begonnen werden kann. Werden davon lebensnotwendige Betriebe betroffen, so ist der Beschluß der höheren Verwaltungsbehörde zur Zustimmung mitzuteilen.

Der Schiedsspruch kann von den Parteien als verbindlich anerkannt werden, er kann auch durch die Verwaltungsbehörde als verbindlich erklärt werden. Diese hat über die Verbindlichkeitserklärung nach pflichtmäßigem Ermessen unter Berücksichtigung der Interessen der Beteiligten und der Allgemeinheit zu entscheiden. Ein bindender Schiedsspruch hat die gleiche Wirkung wie eine Vereinbarung zwischen den Parteien, seine Erfüllung kann durch Klage erzwungen werden. Der Entwurf gibt der obersten Landesverwaltungsbehörde Mittel an die Hand, um die Durchführung einer Einigung oder eines bindenden Schiedsspruches sicherzustellen. Macht sich eine der Parteien der Nichterfüllung schuldig, so hat sie die Kosten der Maßnahmen zu tragen, die zur Durchführung der Einigung oder des Schiedsspruches erforderlich werden. In den Fällen, in denen Gesamtstreikgelder durch Einigung oder bindenden Schiedsspruch beigelegt werden, kann bei Nichterfüllung seitens der Schlichtungsbehörde auf Geldbuße erkannt werden, und zwar gegen Arbeitgeber bis zu 100 000 Mark, gegen Arbeitnehmer bis zu 3000 Mark. Weitere Strafmaßnahmen des Entwurfs sind: Erkennung auf Unfähigkeit zur Bekleidung von Aemtern in einer Schlichtungsbehörde, einer Betriebsvertretung usw., Geldbuße auch gegen die wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, der der gegen die Bestimmungen der Verordnung. Der Schlichtungsbehörden sind die Schlichtungsausschüsse, die Landesschlichtungsausschüsse und das Reichsschlichtungsamt, welch letzteres beim Reichsarbeitsministerium errichtet wird. Bei jedem Schlichtungsausschuß ist je den allgemeine Kammern und Fachkammern gebildet, außerdem Zweigkammern, wenn dies wegen zu weiter Entfernung vom Sitz des Ausschusses zweckmäßig erscheint. Die Beisitzer der Schlichtungsausschüsse werden in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt; die nichtständigen Beisitzer werden aus dem in dem Streitfall beteiligten Berufszweig berufen; die unparteiischen Vorsitzenden werden aus der Zahl der von der obersten Verwaltungsbehörde bestellt. Außerdem können Schlichtungsstellen, die sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl zusammensetzen im Wege der Vereinbarung geschaffen w

Kleine Chronik.

Der 1. Mai in Berlin.

In der Berliner Gewerkschaftskommission wurde mitgeteilt, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai auch die Straßenbahner teilnehmen werden, so daß der Betrieb der Straßenbahnen ruht. Im übrigen sollen nur die lebensnotwendigen Betriebe aufrecht erhalten werden. Die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschloß Unterrichtsausfall in den städtischen Schulen und sonstige Dienstfreiheit am 1. Mai.

Ende des Berliner Kellnerstreiks.

Heute wird in allen Betrieben des Berliner Gastwirtsgewerbes die Arbeit wiederaufgenommen. In den gestrigen Versammlungen haben 920 Angestellte für die Aufnahme der Arbeit und 1281 für die Fortsetzung des Streiks gestimmt.

Rechtsanwalt Bredereck verhaftet.

Der Pressechef der kurzlebigen Kapp-Regierung, der ehemalige Berliner Rechtsanwalt Bredereck, ist, wie im größeren Teil der gestrigen Auflage schon gemeldet, in Geltow bei Potsdam verhaftet worden. Berliner Kriminalbeamte stellten fest, daß sich in der dortigen Bergmeierei ein Ingenieur Karl Schuldig einquartiert habe. Als man sich den Ingenieur näher ansah, fand man, daß es Bredereck sei. Er gab ohne weiteres zu, der Gesuchte zu sein. Bredereck wurde zunächst nach Potsdam, dann nach Berlin übergeführt. Hier wurde er gestraft, ob er über den Aufenthalt seiner Mitverschwörer Auskunft geben könne. B. verneinte dies. Das Polizeipräsidium setzte sofort den Oberreichsanwalt in Leipzig von der Festnahme Brederecks in Kenntnis, mit der Anfrage, ob er nach Leipzig überführt werden soll.

Metallverschiebungen in den Spandauer Reichswerken.

Die Spandauer Kriminalpolizei ist in den Spandauer Reichswerken umfangreichen Metallverschiebungen auf die Spur gekommen. Urheber der Verschiebungen waren Angestellte, die untergeordnete Leute zu den Verschiebungen zu überreden wußten. Dadurch, daß ein Kriminalbeamter als Aufseher sich an die Schieber heranmachte, gelang die Aufdeckung in dem Augenblick, als erneut zwei Waggons mit Kupfer und Messing verschoben werden sollten. Bei einem Berliner Spediteur sind für 120 000 M. Stadt, der aus den Reichswerken in Spandau stammt, ausfindig gemacht worden. Es haben auch einige Verhaftungen stattgefunden.

Einbruch in das Mausoleum zu Schloß Herrenhausen.

Einbrecher haben in der Nacht zum Mittwoch der welfischen Familiengruft einen Besuch abgestattet und das dort stehende Altargerät aus Gold und Silber gestohlen. Sie wurden dabei von Wächtern überrascht, so daß sie ein Kreuz und mehrere Leuchter auf der Flucht von sich warfen; ein äußerst wertvoller Christus, aus schwerem Silber modelliert, blieb in ihren Händen. Die Einbrecher hatten versucht, in die Gruft einzudringen, wo auf den Grabsärgen goldene Kränze liegen. Ihre Bemühungen an dieser Stätte waren vergeblich.

Eine grause Stiefelschiebung?

Die demokratischen Abgeordneten Weinhausen und Herrmann-Württemberg haben in der Nationalversammlung eine Kleine Anfrage eingebracht, in der sie auf die Behauptung einer süddeutschen Zeitung hinweisen; das Blatt behauptet, ein Armeeoberst einer Silbersee Firma an eine schwäbische zu geben, in der 70 000 Paar Herrenstiefel zum Verkauf ab Hannover mit „Ausfuhrgenehmigung" angeboten werden. „Ist die Reichsregierung bereit", heißt es in der Anfrage, „mitzuteilen, wie es möglich sein kann, daß 70 000 Paar Schuhe mit bedrückender Ausfuhrgenehmigung ins Ausland verschoben werden können? Will sie die Mittel nennen, welche in Zukunft ein derartiges schamloses Treiben vaterlandsschädigender Elemente verhindern?"

Einer, der die alte Heimat nicht vergessen hat . . .

Der aus Meiningen stammende, jetzt in Chicago lebende Deutsche Rudolf Seifert hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, die alte Heimat mit Milchkühen zu versorgen. Sein Aufruf zur Beschaffung und Schenkung guter Milchkühe ist nicht ungehört verhallt. Die amerikanische Gesellschaft ist ebenfalls bereit, um den Plan in möglichst großzügiger Weise durchzuführen.

Zuchthaus für Kirchenräuberbrüder.

Ein 23 Jahre alter Arbeiter, der trotz seiner Jugend schon mehrfach vorbestraft ist, brach in die Kirche seines Geburtsortes Kalkberge ein. Er erbeutete jedoch aus dem Klingelbeutel bloß 25 ausländische und ziemlich wertlose Geldmünzen, die von herzsamen Kirchenbesuchern hineingeworfen worden waren. Das Gericht erkannte auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Leutnant Grosicki.

Von Elsa Maria Bud.

Wenn ich an Leutnant Grosicki denke und an sein Schicksal, dann sehe mir zunächst für Stunde vor Augen, in der ich ihn zuerst sah: die schöne, große Gestalt lauschend vorgebeugt, die dunklen Augen starrblickend, Schmerz und Stillung voll wechselnden Ausdrucks auf Stirn und Mund — während vom Podium eine Geigenstimme in Pustaliedern bebt und jauchzt. Danach erhob er sich, das Köpfchen vor der Brust, man stellte mich vor, er sah mich an, lächelte und sprach verbindlich — und dann — er tastete mit der Hand seinwärts, ins Leere, seinen Stiz wieder suchend — blind. Damals lernte ich die frissende Scham kennen, die uns bei der ersten Begegnung mit Blinden überfällt — — weil mir wach und forschend des offene Buch ihres Gesichts durchlesen können, und sie uns verschlossen bleibt sind. Hier war ein jugendliches, ausgesprochen schönes Antlitz, voller Leben und Bewegung; hinter seinem Lächeln verbirgt sich unheilbares Leiden. Diesem Gesicht war eine seine Spur sinnlicher Wildheit erhalten geblieben, die sonderbar mit den gebändigten Gesten des gesellschaftlich erzogenen Menschen kontrastierte. Später erfuhr ich, wie das Kriegsgeschick ihn zum Märtyrer gemacht hatte.

Er hatte mit einem Regiment entsetzliche Wochen im Schlamm verbracht, unter Sperrfeuer gelegen, das jede Offensivfuhr auf Tage unmöglich machte; in einem Graben, der knietiefes Schmelzwasser enthielt, hatten Verbindungen nach hinten verschüttet waren. Er hatte die Verlustziffern und Verstümmelungen seines Postens in sich schon verwunden, als eines Rachts Ersatz herangeführt hatte, ihnen das Leben wieder einmal geschenkt war. In der Reservestellung, nach einem todähnlichen Schlafe, bemerkte er erst, daß ein Schleier das Schöpfl eines Auges verwischte. Kameraden sagten: „Ach was, das legt sich, sag die Nerven!" Eine Zeit war richtig, das Andere falsch, denn es blieb sich nicht. Er eine zum Meister und hat um Urlaub zur Untersuchung, da war eben eine Urlaubssperre eingetreten. Keine Möglichkeit, vom Ort zu kommen. Man tröstete wieder — — zwei, drei Tage Geduld — —. Es verging eine Woche; das wußte Grosicki, daß sein eines Auge nur noch Nacht kennen würde. Er wußte vom Verlauf der Neurosen auch soviel, daß mir schleunige Behandlung das Licht des andern Auges retten könne. Es begann sein Verzweiflungskampf gegen die Schicksalsverteilung. Im nächsten Lazarett sägte man Glieder und der Chefarzt zuckte die Achseln.

„Kann ma nix machen, müssen's nach Wien — —"

Wien! Wien! Man log in russischen Wäldern. Im wenigen Tagen mußte ja die Sperre behoben sein — und als Leutnant Grosicki wie einer, der den Wahnsinn nahen fühlt, starr am Flecke stehen blieb: ein Schulterklopfen und ein wienerisch leichthin erheiterndes Wort — und „Servus, Kameret".

Er suchte wohl — — Stille des unendlichen Weges Wien! Wundwundertwegen, mit dem Train zu machen; er suchte sich einzureden, daß es nicht schlimmer geworden wäre. Stunden verkrampften Hoffens auf Aufhebung der entsetzlichen Sperre wechselten um in Stunden voll dumpfer, fressender Wut. „Ich bin damals gleichsam entzweit gewesen", sagte er selbst von sich. Nach jeder Stunde wurde die Urlaubssperre gelöst; da kam er nach Wien. Und da sagte der Arzt: „Sie kommen — sehr spät damit!"

Leutnant Grosicki erzählte in einer Abendstunde, in einer jener Stunden, da man die aufgespeicherte Qual der Brust an die Welt abladen muß, wenn man nicht in Stücke brechen will, von seinem Zustand.

„Es gibt noch Menschen, die sind innerlich ganz ausgehöhlt, aber ihre Rinde steht noch eine Weile. So hab' i auch gestanden. Grad' in Wien, in der Heimatluft, war mir's wieder ganz hoffnungsvoll geworden. Ich hab' auf den Ausspruch sehr gemacht, hab' mich eingeschossen. Kommt der Chefarzt nach, lärmt, bis ich aufmach', sagt: „Sie werden mit nicht etwa Dummheiten machen, Herr Leutnant, es besteht immer noch Hoffnung. Nervenfälle sind oft unberechenbar. Jedenfalls will ich meine ganze, leider so begrenzte Kunst versuchen —" Ich sitz' auf einem Stuhl, sage „Ich bin ganz verdurstet, lassen's mir Wasserisch, ich hör ihn klappern, er kommt, sagt: „Bitte". Ich sehe seine Gestalt im weißen Kittel, seh' aber kein Glas, strecke doch den Arm aus. „Auf dem Tisch vor Ihnen", sagt der Arzt. Ich stier' dahin, seh' nichts. Da drückt er's mir in die Hand — — bin — entlarvt — — Man hat kein anderes Wort für so ein Gefühl. Da überkommt mich die siedende Wut, ich werf' das Glas hin, den Tisch um, trete mit Füßen um mich, zerreiß, was ich greifen kann, schrei wie ein Tier — — oder nein, es hat was aus mir geschrien, ganz von allein, und ich muß ihm seinen Lauf lassen. — — Rachher haben's mich in eine Nervenheilanstalt bringen wollen, aber da war ich fähig geworden und hab' den Arzt über mich beruhigen können. Seither schleifen's mich herum, von Wien nach Prag, von Prag nach Berlin — ich bin am Strick — ich werde nie — nie wieder ein freier Mann sein —"

Das war das Entscheidende für ihn — nach das verlorene Bild der Welt — — nach der verlorene Freiheit. „Andere sind gefangen, aber mal kommen sie heim — ich aber bin für immer ein Gefangener."

Als in den Revolutionstagen Berlins auch die Lazarette revoltierten und „Vernunft Unsinn wurde", da weigerten sich auch die Einäugigen in Grosicki's Lazarett, wie bisher mit ihren unglücklicheren Kameraden den anbefohlenen täglichen Spaziergang zu machen; den Offizieren gönnte sie überhaupt nichts an. Zehn Tage saßen die Blinden gefangen in ihrem Zimmer. Damals kam es mit Leutnant Grosicki wieder so weit, daß er sein Tablett mit dem Essen zu Boden schleuderte und jeden aus dem Zimmer warf — der feine, kluge Mensch, in blutvollster junger Kraft brachgelegt, fand kein anderes Beutil. Er hatte die Arbeit gelitet, die Schönheit, die Freiheit — — der Reit, den das Leben schönheit, schien ihm bettelhaft. Und doch: es hätte aus den Resten noch ein Leben werden können; aber er fand sein neues Maß nicht. Denn Frauen waren ihm gut — ja, sie liefen ihm nach; die ungewöhnliche Erscheinung dieses Mannes, sein Geist, seine Melancholie zogen sie an. Frauen wollen auch im Manne ein Kind haben, das sie bergärtein und nach ihrem Willen leiten können — — — war es vielleicht nur dies besonders Hilfslose an dem jungen Riesen, das ihn so unwiderstehlich machte? Doch er blieb schwankend und unentschieden. Ihm, dem Blinden, galt schließlich alles. Einmal traf ich ihn in der Begleitung einer jungen Sängerin. Er trat mich auf ein paar Worte heißelte und fragte Flüsternd: „Sogen Sie mir, ist sie schön?" Ich antwortete: „Sie wissen doch selbst, welch wundervolle Stimme sie hat!"

„Ja, aber wie schaut sie aus?"

„Sie ist lieblich und sanft und gut; sie wird Ihnen keine Enttäuschung bereiten."

Ich meinte wohl, daß es ihm nicht genügte. Später erfuhr ich, daß es nichts hatte werden können; das Mädchen war unglücklich und in Gram auf eine Konzertreise nach Schweden gegangen; andere sah man an seiner Seite, und immer wieder freagte er die Freunde, es nicht, er tieß sich in die Heimat bringen.

„Für ihn ist nur ein Weg", äußerte sich ein Arzt, „und den wird er wohl gehen. Den Weg der Selbstötung, denn er allein führt zu seiner Freiheit."

Kunst und Wissenschaft.

* Lieder- und Duettenabend von Lili Midoy und Hans Hermann Nissen. Ein seines, vornehmes Künstlerium zeichnet sowohl die Sängerin als auch den Sänger aus. In dem herrlichen Duett „Mein Freund ist mein" (aus einer Kantate Buxtehudes) in einigen musikalisch höchst reizvollen Zwiegesängen von Dvorak flossen die Stimmen, ein hellgefärbter, klarer Sopran von sträflicher Fülle und ein leichtfließender Bariton von lyrischem Charakter, klanglich nicht über ineinander und erzielten mit dynamisch abwägenbem Vortrag gutz Wirkungen. Dvorak würde aber ohne Frage gewinnen, wenn er (hole vorgeschrieben) in der Besetzung von Sopran und Alt gesungen würde. Bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200423012/fragment/page=0002